

Wie die EU ein Geheimabkommen mit einem israelischen Ministerium in Ostjerusalem aushandelte

David Cronin, electronicintifada.net, 07.09.21

Die Europäische Union hat in aller Heimlichkeit ein Kooperationsabkommen mit einem israelischen Ministerium ausgehandelt, das seinen Sitz im besetzten Ostjerusalem hat.

Obwohl das Abkommen in der Brüsseler Bürokratie auf breite Zustimmung gestossen ist, äußerten einige Vertreter:-innen die Ansicht, dass es nicht mit einer Behörde unterzeichnet werden dürfe, die sich auf einem im Krieg von 1967 besetzten Gebiet befindet.

Aus einem Dokument geht hervor, dass die *Gemeinsame Forschungsstelle* der EU an sieben Projekten beteiligt war, an denen die israelische Atomindustrie beteiligt war.

2018 nahm die *Gemeinsame Forschungsstelle* der EU, die ein Netzwerk von Laboren betreibt, Gespräche mit dem israelischen Ministerium für Wissenschaft und Technologie auf. Angestrebt wurde ein Abkommen, das die Zusammenarbeit in „zahlreichen Bereichen von gemeinsamem Interesse“ ermöglicht, heißt es in einem internen EU-Papier.

Aus dem Papier, das im Rahmen der Informationsfreiheit zur Verfügung gestellt wurde, geht hervor, dass ein solches Abkommen im Jahr 2019 innerhalb der Europäischen Kommission, wie die Exekutive der EU genannt wird, ausgearbeitet und verteilt wurde.

Alle 11 Dienststellen der Europäischen Kommission, die zu dem Abkommensentwurf konsultiert wurden, gaben eine „positive Stellungnahme“ ab, heißt es in dem Papier (siehe am Ende des Originalartikels, Link dorthin am Ende dieser Übersetzung). Der diplomatische Dienst der EU und deren eigene Juristen beantragten jedoch, „den israelischen Ansprechpartner zu ändern“. Sie sprachen sich dagegen aus, da der Sitz des israelischen Wissenschaftsministeriums in der Clermont-Ganneau-Straße in der Nähe des Ammunition Hills in Ostjerusalem liegt. **Sollte man diese Diplomaten und Juristen dafür loben, dass sie für eine Unterscheidung zwischen Israel und den im Juni 1967 eroberten Gebieten eintreten? Die kurze Antwort lautet „Nein“. Ihre Bedenken hinsichtlich der Ansiedlung eines Ministeriums in einem Gebiet, das militärisch besetzt ist, werden durch ihre allgemeine Bereitschaft, Israel, den Staat, der diese Besetzung aufrecht erhält, zu unterstützen, entkräftet.**

„Unausgeschöpftes Potential“

Außerdem sollte man betonen, dass die Diplomaten und Anwälte nur gegen die Unterzeichnung eines förmlichen Vertrags mit dem Wissenschaftsministerium argumentierten. Sie forderten nicht, dass der Kontakt mit dem Ministerium vermieden werden sollte.

Stephen Quest von der *Gemeinsamen Forschungsstelle* bestätigte, dass seine Organisation „noch immer in Kontakt mit dem Ministerium für Wissenschaft und Technologie steht, obwohl die COVID-19-Pandemie und die Wahlen in Israel zwischen 2019 und 2021 die Häufigkeit der Interaktionen und Diskussionen über formale Vereinbarungen beeinträchtigt haben“.

Auf eine Anfrage per E-Mail erklärte Quest, die *Gemeinsame Forschungsstelle* habe sich mit anderen Abteilungen der Europäischen Kommission über „die Form, nicht den Inhalt der Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wissenschaft und Technologie“ beraten.

Genauso wie es eine künstliche Unterscheidung ist, zwischen Israel und „der Besatzung“ zu differenzieren, ist es künstlich zwischen Israels Kernkraftprogramm und seinen Kernwaffen zu unterscheiden.

Die Gemeinsame Forschungsstelle hat sich direkt mit der israelischen Atomenergiekommission verbündet. Sie betreibt den Dimona-Komplex, in dem die israelischen Atomwaffen montiert wurden.

Da Israel den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat, lässt es keine internationalen Inspektionen seiner Atomanlagen zu.

2013 gab der diplomatische Dienst der EU grünes Licht für Kontakte mit dem Wissenschaftsministerium. Das Ministerium ist in dem israelischen Ausschuss vertreten, der die Verwendung der Forschungsmittel der Europäischen Union verwaltet.

Der neue Botschafter der EU in Israel ist Dimitar Tzantchev. Kurz nach seiner Ankunft in Tel Aviv sagte er, die Beziehungen zwischen der EU und Israel seien „bereits sehr eng hätten aber noch viel ungenutztes Potenzial“. Als ich Tzantchev darum bat zu erklären, an welches ungenutzte Potential er denke, ging er nicht darauf ein. Die Aktivitäten der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU geben jedoch einen Hinweis darauf, um was es sich handeln könnte.

Aus einem weiteren Dokument, das durch einen Antrag auf Informationsfreiheit erlangt wurde, geht hervor, dass die Gemeinsame Forschungsstelle an sieben Projekten beteiligt war, an denen die israelische Atomindustrie beteiligt war.

Ein Abkommen über die Nuklearforschung zwischen der EU und Israel ist 2018 ausgelaufen. Stephen Quest von der *Gemeinsamen Forschungsstelle* bestätigte, dass die Vereinbarung bis 2024 verlängert worden sei. All diese Zusammenarbeit sei „friedlich“, wie es in den internen Dokumenten der EU heißt. In dem Papier aus dem Jahr 2017 - siehe unten - heißt es, das Zentrum freue sich darauf, „die Zusammenarbeit fortzusetzen.“ Niemand sollte sich von dieser Zusicherung täuschen lassen. Da Israel Atomwaffen in den Nahen Osten gebracht hat, bedroht seine Atomindustrie die Zukunft der Menschheit.

Da Israel den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat, lässt es keine internationalen Inspektionen seiner Atomanlagen zu. Der Techniker Mordechai Vanunu wurde 1988 zu 18 Jahren Haft verurteilt, weil er Einzelheiten über die israelischen Atomwaffen verraten hatte. Genauso wie es eine künstliche Unterscheidung ist, zwischen Israel und „der Besatzung“ zu differenzieren, ist es künstlich zwischen Israels Kernkraft-

programm und seinen Kernwaffen zu unterscheiden. Die Gemeinsame Forschungsstelle hat sich direkt mit der israelischen Atomenergiekommission verbündet. Sie betreibt den Dimona-Komplex, in dem die israelischen Atomwaffen montiert wurden. **Außerdem will die EU nicht, dass ihre nukleare Zusammenarbeit mit Israel überprüft wird. Einige Details dieser Arbeit wurden - angeblich aus Gründen der „öffentlichen Sicherheit“ - in den mir zur Verfügung gestellten Dokumenten zensiert. Es ist also nicht verwunderlich, dass die EU-Bürokraten nicht gerade transparent arbeiten - um es milde auszudrücken.**

Eine Möglichkeit, das „ungenutzte Potenzial“ in den Beziehungen zwischen der EU und Israel zu nutzen, wäre eine verstärkte Zusammenarbeit mit der israelischen Atomindustrie. Das würde die Botschafter in Tel Aviv begeistern, aber jeden, dem Frieden und Gerechtigkeit am Herzen liegen, mit Schrecken erfüllen.

David Cronin ist Mitherausgeber von The Electronic Intifada. Zu seinen Büchern gehören „Balfour's Shadow: A Century of British Support for Zionism“ and „Israel und Europe's Alliance with Israel: Aiding the Occupation“.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://electronicintifada.net/blogs/david-cronin/how-eu-clinched-secret-deal-israeli-ministry-east-jerusalem>

(Am Ende des Originalartikels befindet sich das im Artikel genannte Dokument)